

Gericht weist Klage gegen Kraftwerk ab

Bereits seit mehreren Monaten streiten die Müller Sachsen GmbH und die Leppersdorfer Anwohner um das geplante Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk des Konzerns. Eine Einigung ist nicht in Sicht, doch das Unternehmen startet am Samstag, 19. Januar, erneut einen Versuch um Vorurteile abzubauen.



Diese Fotomontage zeigt, wie sich das Heizkraftwerk (links) der Müller Sachsen GmbH in Leppersdorf einfügen könnte. Doch diejenigen, die unmittelbar in der Nähe des Werkes leben, befürchten durch die neue Anlage eine erhöhte Schadstoffbelastung. Montage: Müller Sachsen GmbH

Leppersdorf. Viel hat sich während des vergangenen Jahres in der kleinen Gemeinde Wachau getan, investiert wurde unter anderem in Feuerwehrgerätehäuser, Kindertagesstätte, Sportplätze und Hochwasserschutz. Doch das dominierende Thema in der Gemeinde war und bleibt das von der Müller Sachsen GmbH geplante Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk. Zwar hatten sich die Bürger der Gemeinde Wachau, in der auch der Ort Leppersdorf liegt, schon im Dezember 2006 mehrheitlich in einem Bürgerentscheid gegen das Heizkraftwerk ausgesprochen, doch das Unternehmen legte im vergangenen Jahr noch einmal überarbeitete Pläne vor, die nun einen neuen Standort in Betracht ziehen.

„Uns ist durch den Bürgerentscheid klar geworden, dass wir noch mehr und besser mit der Gemeinde und den Bürgern kommunizieren müssen“, lautete die Begründung der Müller Sachsen GmbH für das erneut aufkeimende Engagement. Den Bürgerentscheid allerdings, wolle man nicht aushebeln. „Aber das eigene Heizkraftwerk ist notwendig, um Kosten – vor allem beim Energiebedarf – zu senken und damit langfristig Arbeitsplätze zu sichern“, erläutert Projektleiter Martin Gumpf das Vorhaben immer wieder. Als alternative Energieform sollen hier künftig Ersatzbrennstoffe, die nach besonderen Anforderungen aus dem Abfall herausortiert werden, verbrannt werden. Die dabei gewonnene Energie soll einerseits als Dampf zum Sterilisieren in der Produktion, andererseits zum Heizen genutzt werden. „Solarenergie, Windenergie, Erdwärme oder Energie aus Biomasse kommen schon wegen der erforderlichen Kraftwerksleistung nicht in Betracht. Wir brauchen eine thermische Leistung von 130 Megawatt.“

Das schaffen die anderen alternativen Energien noch nicht“, so Gumppe über das etwa 150 Millionen teure Vorhaben seines Unternehmens.

Doch trotz vieler Informationsveranstaltungen mit den verschiedensten von der Müller Sachsen GmbH eingeladenen Experten konnten die Leppersdorfer nicht überzeugt werden. „Vor dem Bürgerentscheid 2006 hieß es immer wieder, dass Müller den Ausgang des Entscheides – auch ein klares Nein – akzeptiert. Jetzt versucht man trotzdem daran zu rütteln“, lauten die Vorwürfe. Ein Bürger hatte letztendlich gegen die neuen Bestrebungen des Unternehmens geklagt, denn für das neue Kraftwerkgelände muss ein neuer, auf das Vorhaben bezogener Bebauungsplan aufgestellt werden. Der Bürger befürchtete damit die Aushebelung des Entscheides. Doch kurz vor Weihnachten lehnte das Verwaltungsgericht in Dresden die Klage ab.

Nachdem der Wachauer Gemeinderat eine Entscheidung zum Thema im Dezember verschoben hatte, weil er zunächst das Gerichtsurteil abwarten wollte, müssen sich die Räte und Bürgermeister Michael Eisold nun bei ihrer Januar-Sitzung erneut mit dem leidigen Thema befassen. „Die Emotionen schlagen hoch und lassen eine sachliche Diskussion stellenweise kaum zu. Als Bürgermeister und auch im Gemeinderat müssen wir uns in einem gesetzlichen Rahmen bewegen und dürfen uns nicht von Emotionen oder einem ‚Bauchgefühl‘ leiten lassen. Wir haben als Gemeinderat alle Bedenken sorgfältig zu prüfen und einen sauberen, im Interesse der Gemeinde erarbeiteten Durchführungsvertrag mit der Müller Sachsen GmbH zu vereinbaren. Diese Aufgabe ist uns gesetzlich vorgeschrieben. Erst dann können wir im August 2008 einen Satzungsbeschluss fassen oder ihn auch nicht fassen“, appellierte der Bürgermeister in seiner Ansprache zum Jahreswechsel.

Doch auch in Pulsnitz, Radeberg, Großröhrsdorf und Lichtenberg macht man inzwischen mobil, weil auch die dortigen Anwohner durch das Kraftwerk und die zusätzlichen Lkws, die die Ersatzbrennstoffe anliefern, eine erhöhte Schadstoffbelastung befürchten.

Anstatt einen Weg zueinander zu finden, entfernen sich die Parteien immer mehr. „Klar, können uns die Experten in den von Müller organisierten Runden immer nur die Unbedenklichkeit des Kraftwerkes versichern. Doch wie objektiv sind diese Urteile denn?“, fragt sich ein Anwohner. Erst im Dezember kam bei einer, diesmal nicht von Müller organisierten Veranstaltung im Großröhrsdorfer Jugendclub mit dem Gutachter Klaus Koch vom Umweltnetzwerk Hamburg ein weiterer Kenner zu Wort, der das geplante Kraftwerk keineswegs als das Nonplusultra ansieht. Er kritisiert vor allem die Schadstofffilter, die sich seiner Meinung nach lediglich an den Mindestanforderungen orientieren. „Die Anlage ist schon relativ gut geplant, entspricht aber nicht dem zurzeit besten Stand der Technik“, erklärt er. Üblich sei für solche Anlagen ein vierstufiges Reinigungsverfahren, Müller hingegen beabsichtige nur ein zweistufiges Verfahren.

Noch einmal über das Kraftwerk informieren will die Müller Sachsen GmbH nun am Samstag, 19. Januar. Besucher haben an diesem Tag die Gelegenheit, sich das für das Kraftwerk geplante Gelände anzusehen und mit den Mitarbeitern über das Vorhaben zu diskutieren. Auch eine Werksbesichtigung in der Molkerei ist möglich. Allerdings werden Interessenten um eine Voranmeldung unter Telefon (03528) 43 40 gebeten.

Kontakt zur Autorin: Katrin.Geipel@LN-Verlag.de